

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Konsequenzen aus dem Flughafen-Debakel (I):

Ombudsstelle einrichten und Finanzhilfen für existenzbedrohte Unternehmen bereitstellen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Abstimmung mit der IHK Berlin, der Handwerkskammer und den Gewerkschaften unverzüglich eine Ombudsstelle für die von der verzögerten Eröffnung des Berliner Flughafens betroffenen Unternehmen und deren Beschäftigte einzurichten und finanzielle Mittel für eventuell in ihrer Existenz bedrohte Unternehmen unbürokratisch bereit zu halten. Diese Ombudsstelle soll den betroffenen Unternehmen und deren Beschäftigten als erste Anlaufstelle für Beratungen und eine eventuell notwendige Vermittlung zwischen der Flughafengesellschaft und den Unternehmen zur Verfügung stehen.

Sofern die betroffenen Unternehmen nachweislich in ihrer Existenz bedroht sind und diese Notlage eindeutig auf die Verschiebung der Flughafeneröffnung zurückzuführen ist, können diese über die Ombudsstelle finanzielle Unterstützung beantragen.

Das Abgeordnetenhaus ist spätestens bis zum 01.06.2012 über die Einrichtung der Ombudsstelle zu unterrichten. Zudem ist dem Abgeordnetenhaus vierzehntägig ein Bericht über die Anzahl der vorgenommenen Beratungen vorzulegen sowie über den Umfang der beantragten Unterstützungsleistungen zu berichten.

Begründung

Die Notbremsung bei der ursprünglich für den 03.06.2012 geplanten Flughafeneröffnung hat einen großen Schaden für Wirtschaft und Image zur Folge. Der Umfang dieses Schadens, die Ursachen und Verantwortlichen müssen noch ermittelt werden. Es ist absehbar, dass sowohl die politische Aufbereitung, als auch die vermutlich anstehenden rechtlichen Auseinandersetzungen, teilweise Monate, wenn nicht Jahre, in Anspruch nehmen werden.

Nach diesem Debakel muss der Senat alles in seiner Macht stehende tun, um die negativen Folgen für die Berliner Wirtschaft, die betroffenen Unternehmen und deren Beschäftigte gering zu halten. Ein erster Schritt ist die Einrichtung einer Ombudsstelle, die den Unternehmen und Beschäftigten als Ansprechpartner, Informationsstelle und für Vermittlungsdienste zur Verfügung steht.

Berlin, den 10. Mai 2012

Pop Ludwig
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen